

Die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens fordert die Bildungsinstitutionen heraus, ihre Rolle neu zu bestimmen

# Leitbild lernende Gesellschaft

Annette Schavan

Heute sind etwa 21 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen jünger als zwanzig Jahre – und damit im klassischen „Lernalter“. Ihr Anteil wird nach den Prognosen der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ des Bundestages bis zum Jahr 2020 auf rund sechzehn Prozent fallen, um dann über mehrere Jahrzehnte etwa gleich zu bleiben. Sinkt mit der Zahl der Jungen auch die Lernfähigkeit der Gesellschaft? Der Bevölkerungsanteil der über Sechzigjährigen – heute ebenfalls bei 21 Prozent – wird bis zum Jahr 2030 auf etwa 35 Prozent anwachsen. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird von heute vierzig Jahren auf mindestens 46 Jahre steigen (vergleiche Zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik, Bonn 1998).

Welche Folgerungen sind daraus für die gesellschaftliche Grundfunktion des Lernens zu ziehen?

Sozialer, technischer und wirtschaftlicher Wandel werden den Lernbedarf der Gesamtgesellschaft weiter wachsen lassen: Wer soll ihn in dreißig Jahren bewältigen? Welche Altersgruppen sollen die Lernfähigkeit der Gesellschaft – und damit auch humane Lebensqualität und wirtschaftliche

Wettbewerbsfähigkeit – sichern? Bisher war das Lernen vornehmlich Pflicht und Privileg der Jungen. In Zukunft wird die Bedeutung des lebenslangen Lernens zunehmen.

---

## Weiterbildung im Mittelpunkt

---

Die älter werdende Gesellschaft muss zugleich eine „lernende Gesellschaft“ sein. Die CDU Deutschlands stellt deshalb ihre bildungspolitischen Leitsätze, die auf dem Bundesparteitag im April 2000 verabschiedet werden sollen, unter das „Leitbild lernende Gesellschaft“. Die Reform der Weiterbildung – traditionell eher ein Appendix bildungspolitischer Programmatik – wird dabei in den Mittelpunkt gestellt. Die systematische Querverbindung zum Thema Weiterbildung bildet ein Leitmotiv in den Kapiteln über Erziehung, Schule, berufliche Bildung und Hochschule. (Vergleiche „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“. Bildungspolitische Leitsätze. Antrag des Bundesvorstandes an den 13. Parteitag der CDU Deutschlands, auch unter [www.cdu.de/projekt21](http://www.cdu.de/projekt21).) Weiterbildung ist eine Wachstumsbranche. Die beschriebene demographische Entwicklung wird dazu beitragen, dass die in den letzten Jahren beobachtete starke Ausweitung der Weiterbildung sich auch in Zukunft fortsetzen wird. Wie kein anderer Bil-

dungsbereich ist die Weiterbildung von der privaten Initiative geprägt. Sowohl Unternehmen wie auch Vereine, Verbände, Gewerkschaften und Kirchen zählen zu den bestimmenden Kräften in der Weiterbildungslandschaft. Das staatliche Engagement wirkt zumeist indirekt und subsidiär. Der dynamische Faktor Weiterbildung darf in Zukunft nicht durch Überreglementierung eingeschnürt werden.

Dennoch gilt: Der Weiterbildungsmarkt braucht Transparenz und Qualitätsstandards. Öffentliche Förderung und Anreizsysteme zur vermehrten Nutzung von Weiterbildungs- und Beratungsangeboten müssen mit Verbraucherschutz verbunden werden. Die bildungspolitischen Leitsätze der CDU machen deshalb unter anderem vier konkrete Vorschläge, die in dem Leitprojekt „Innovation in der Weiterbildung“ zusammengefasst werden können:

– Gemeinsam mit Zeugnissen öffentlicher Bildungsinstitutionen werden in Zukunft Beratungsgutscheine ausgegeben, die zur Nutzung von Weiterbildungsangeboten anregen.

– Lokale Lernagenturen in öffentlicher und/oder privater Trägerschaft leisten Beratung und vermitteln Kurse, Materialien, Hilfen und Partner für das lebenslange Lernen.

– Eine neu zu gründende „Stiftung Bildungstest“ soll anerkannte Standards in der Weiterbildung durchsetzen sowie Transparenz, Offenheit, Qualität und Verbraucherschutz fördern.

– Weiterbildungsaktivitäten vor Ort sollen in „Regionalen Netzwerken Weiterbildung“ transparent gemacht und mit der Arbeit der Lernagenturen und der Stiftung Bildungstest verknüpft werden. Städte und Gemeinden sollen die Initiative zur Gründung solcher Netzwerke ergreifen.

Die Leitsätze unter dem Titel „Aufbruch in die lernende Gesellschaft“ beanspruchen nicht, ein neues bildungspolitisches Grundsatzzprogramm der CDU zu formulieren. Ein solches liegt seit 1993 vor. (Vergleiche „Erziehung und Bildung in unserem freiheitlichen und demokratischen Bildungssystem“, Beschluss des 4. Parteitags der CDU Deutschlands, Bonn 1993.)

---

### **Werteerziehung als Grundlage gesellschaftlichen Zusammenhalts**

---

In diesem Grundsatzzprogramm war bereits vom „lebenslangen Lernen“ die Rede, es wurde aber nicht als Leitidee entfaltet. Der Text von 1993 behält seinen Wert auch dort, wo er die Rolle der Bildung für das Wertefundament der Gesellschaft besonders herausstellt: „Jeder hat einen Anspruch auf Erziehung und Ausbildung. Nur Bildung versetzt den Menschen in die Lage, seine Würde und Freiheit zu erkennen, Pflichten zu erfüllen, Verantwortung zu übernehmen und Rechte zu gebrauchen. Bildung ist Voraussetzung für die Teilhabe an Kultur und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Bildung ist zugleich die Bereitschaft zu lebenslanger Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Sinn des Lebens sowie zur Auseinandersetzung mit Beruf, Lebenskreis und Welt. Ziel der Erziehung ist somit auch die Fähigkeit zu lebenslangem Lernen“ (ebenda). Die neuen Leitsätze wollen keiner Funktionalisierung und Reduktion der Bildung auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeiten Vorschub leisten. Sie stellen den Menschen in den Mittelpunkt und knüpfen damit an die Tradition christdemokratischer Programmatik unmittelbar an.

„Mut zur Erziehung“, so hieß ein viel beachteter Kongress, der 1978 auf Initiative des

baden-württembergischen Kultusministers Wilhelm Hahn (1964 bis 1979) in Bonn stattfand. Die bildungspolitischen Leitsätze greifen die Ansätze von damals wieder auf und entwickeln sie weiter: „Es gibt keine Bildung ohne Erziehung und keine Erziehung ohne Werte. Wir brauchen Mut zur Erziehung“ („Aufbruch“, Ziffer 13).

Was der vielfach missverstandene Wilhelm Hahn mit seinem eingängigen Slogan meinte, hat er selbst einmal in fünf kurzen Sätzen zusammengefasst, die immer noch aktuell sind:

„Das einzelne Kind muss wieder stärker in den Mittelpunkt der Erziehung gerückt werden.“

„Wir müssen das Vertrauen zwischen Erzieher und Kind stärken.“

„Wir brauchen eine neue Sicht der Leistung, die sich an der Vielfalt menschlicher Fähigkeiten, aber auch gesellschaftlicher Notwendigkeiten orientiert.“

„Erziehung und Bildung können auf Ideale nicht verzichten.“

„Erziehung muss heute zur Sinnfrage durchstoßen.“ (Vergleiche *Evangelische Verantwortung*, 1/1978.)

Die Werteüberzeugungen, die in diesen Sätzen zum Ausdruck kommen, bilden die Grundlage für konkrete Aussagen in den Leitsätzen etwa über die Themenbereiche Religions- und Ethikunterricht, Erziehung zu Selbstständigkeit und Mündigkeit, Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern, schulische Betreuungsangebote, Bildungsauftrag des Kindergartens sowie Handlungsempfehlungen zum Thema „Gewalt in der Schule“.

„Die Schule muss die Grundlagen für lebenslanges Lernen legen. Wer einen Schulabschluss erworben hat, muss das Lernen gelernt haben. Er muss aber noch nicht alles wissen und können, was er auf die Dauer

für Ausbildung, Leben und Beruf braucht“ („Aufbruch“, 9).

Aus diesem Leitsatz folgt, dass die Schule ihren Beitrag zum lebenslangen Lernen reflektieren muss: Was gehört unabdingbar in die Schule? Was entspricht dem Lernalter der Schülerinnen und Schüler und kann deshalb nicht vertagt werden? An welchen Stellen kann der schulische Lehrplan entlastet werden, weil es um Inhalte geht, die besser in spätere Lernphasen passen?

---

### Selbstorganisation

---

Die Leitsätze skizzieren erste Konsequenzen für die neue Rolle der Schule: „Schulqualität zeigt sich in der lernenden Gesellschaft daran, wie gut es gelingt, die Grundlagen für lebenslanges Lernen zu legen. Deshalb müssen die Vermittlung der Kulturtechniken und die Lernmotivation noch mehr im Zentrum der Schule stehen. Grundlegende mathematische Fähigkeiten, sprachlicher Ausdruck in Wort und Schrift, eine aktive Lesefähigkeit und die Selbstorganisation von Lernprozessen, die das Beschaffen, Befragen und Bewerten von Informationen einschließt, gehören zum Kernbereich des schulischen Auftrages“ („Aufbruch“, 28).

Diese Schwerpunktsetzung hat Folgen für Inhalte und Methoden. Es geht darum, das Richtige richtig zu lernen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage der Lernmedien. Die Neuen Medien dürfen nicht gegen klassische Unterrichtsformen ausgespielt werden. Computer und Internet sind nicht die Feinde des Buches und des direkten Gesprächs. Deshalb gehört beides zusammen: der im Lehrplan eines jeden Faches klar verortete Einsatz digitaler Medien wie auch die klassische Leseförderung –

nicht nur im Fach Deutsch. Der pädagogische Einsatz von Computer und Internet muss in der Lehreraus- und -fortbildung eine besondere Rolle spielen, wenn der Schritt vom bloß additiven zum integrativen schulischen Angebot getan werden soll. In diesem Bereich hat Baden-Württemberg mit seiner Multiplikatoren- und Multi-Mediaberaterausbildung „Multi-Mediaberater“ ein leistungsfähiges Modell entwickelt, nach dem sich inzwischen andere Länder ausrichten.

---

### **Antizyklische Prägung**

---

Schulische Lernangebote sollen „antizyklisch“ geprägt sein – so lautet eine alte Forderung an die Schulpädagogik. In der Schule soll das vermittelt werden, was nicht auf der Hand, nicht auf der Straße und nicht im Trend liegt; also in der Regel das, was etwas mehr Mühe macht. Wenn nun auf die stürmische Entwicklung der Neuen Medien schaut, gewinnt den Eindruck, dass der Computereinsatz ein Selbstläufer werden könnte, aber umso wichtiger ist die Akzentsetzung bei der Qualitätsentwicklung. Wir sind erst dabei, Qualitätskriterien für den Einsatz Neuer Medien im Unterricht zu entwickeln. Sie sind die Voraussetzung, damit Computer und Internet integrale methodische Bestandteile der Bildungspläne werden können.

Das Buch als Lernmedium scheint weit weniger ein Selbstläufer zu sein. Es bedarf der Förderung im Sinne der beschriebenen Theorie vom „antizyklischen“ Charakter schulischen Lernens. Wenn außerhalb der Schule nicht mehr oder nicht mehr im ausreichenden Umfang gelesen wird, dann muss die Schule dem Buch und der Herausbildung einer lebendigen Bindung an das Buch umso mehr Zeit und Aufmerksamkeit widmen.

Lesefähigkeit ist die Brücke zum lebenslangen Lernen. Leseverständnis bleibt im Übrigen auch Grundlage für den Umgang mit den digitalen Medien. Deshalb formulieren die bildungspolitischen Leitsätze im Kapitel Weiterbildung auch einen Auftrag an die Schulen: „Allgemein bildende und berufliche Schulen sollen Kinder und Jugendliche durch ständige enge Kooperation mit örtlichen Bibliotheken und Mediotheken an das Lesen, den Mediengebrauch und an das lebenslange Lernen heranführen. Die Schule muss Brücken zu anderen Lernorten bauen“ („Aufbruch“, 46).

Daraus ergibt sich die Forderung an diese zentralen Orte der Lese- und Lernkultur außerhalb der Schule: „Öffentliche Bibliotheken und Mediotheken sollen zu offenen Beratungszentren, Stützpunkten und Ateliers für das lebenslange Lernen ausgebaut werden“ (ebenda).

---

### **Neubewertung praktischen Lernens**

---

Die CDU bekennt sich zum Prinzip der Chancengerechtigkeit im Bildungswesen. Daraus leitet sich die Forderung ab, jeden Menschen nach seinen Begabungen und Fähigkeiten durch differenzierte Bildungsangebote zu fördern. Die Institutionen des öffentlichen Bildungswesens vergeben Lern- und Lebenschancen, weil sie Leistungsfähigkeit beurteilen und damit über den Zugang zu weiteren Bildungsgängen und Berufswegen entscheiden. Chancengerechtigkeit muss deshalb auch bedeuten, dass nicht immer mehr Kinder und Jugendliche als „Lernschwache“ definiert werden, nur weil ihr spezifisches Leistungsprofil sich in den bisherigen Bildungsplänen nicht wiederfindet. Vor diesem Hintergrund ist eine Neubewertung des praktischen Lernens dringend notwendig. Wir brauchen neue

Lernchancen für jene Kinder und Jugendlichen, die sich die Welt nicht vorrangig über Theorie, Abstraktion und Modell erschließen.

Die Hauptschule braucht ein eigenes pädagogisches Profil. Lerninhalte und Lernformen müssen von der Schülerschaft her definiert werden, nicht in Ableitung vom Auftrag der anderen Schularten. Dazu ist auch die stärkere Profilierung der Hauptschulpädagogik in der Lehrerbildung notwendig. Das praktische Lernen in der Hauptschule kann durch regelmäßige Praxistage in Betrieben gestärkt werden. Versuche mit einem wöchentlichen „Schultag im Betrieb“ stoßen einerseits bei den Betrieben auf höhere Akzeptanz als Blockpraktika, andererseits hat sich gezeigt, dass sie die Lernmotivation vieler Schülerinnen und Schüler nachhaltig fördern.

Damit „Lernschwache“ nicht durch zu enge, theorielastige Leistungsdefinitionen „produziert“ werden, muss sich die Wertschätzung für praktisches Können und Handlungskompetenz auch in den Formen der Leistungsmessung und Leistungsbewertung niederschlagen. Die CDU befürwortet deshalb neue Formen von sogenannten „Projektprüfungen“, die anhand praktischer Aufgabenstellungen das spezifische Leistungsvermögen der Hauptschülerinnen und Hauptschüler abbilden.

---

### Duales System

---

Im dualen System der beruflichen Bildung hat die Kombination von praktischem und schulischem Lernen eine lange Tradition. Die CDU plädiert mit Nachdruck für die Stärkung und Modernisierung des dualen Systems. Grundlage dafür ist die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe, die durch

flexible Ausbildungsordnungen und Schulorganisation unterstützt werden muss.

Die CDU befürwortet eine Gliederung der Ausbildungsordnungen in Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlbereiche. Das ist zugleich die Grundlage für eine Abstimmung der Erstausbildung auf langfristige, berufsbegleitende Weiterbildung. Beschleunigte Innovationszyklen in der Wirtschaft erfordern mehr kontinuierliche Weiterbildung. Vor allem der schulische Teil der dualen Ausbildung muss deshalb auf die Grundlegung von Weiterbildungsfähigkeit ausgerichtet sein.

---

### Ausbildung in Modulen

---

Durch die Entwicklung neuer Berufsbilder müssen neu entstehende Branchen für die duale Ausbildung gewonnen werden. Auch in diesem Kontext ist die Modularisierung der beruflichen Bildung von Bedeutung. Einzelne Betriebe, die von ihrer Größe und ihrem Leistungsspektrum her keine Vollausbildung gewährleisten können, sollen für die Ausbildung im Bereich einzelner Module gewonnen werden. Ausbildungsverbünde können dann im regionalen Zusammenspiel mehrerer Betriebe vollständige duale Ausbildungen sicherstellen. Innerhalb der einzelnen Berufe und Ausbildungsordnungen ist mehr Spielraum für Differenzierungen je nach der Leistungsfähigkeit der Auszubildenden notwendig. Neue „Einfachberufe“ mögen den Einstieg in die Arbeitswelt erleichtern, sie bleiben aber mit dem Makel behaftet, ihre Absolventen dauerhaft als „leistungsschwach“ zu kennzeichnen. Differenzierung innerhalb bestehender und neu zu schaffender Berufe würde dagegen die Möglichkeit eröffnen, durch Nachqualifizierung und gestreckte Lernphasen diejenigen beruflich zu integrieren,

die in der Berufseinstiegsphase noch nicht die erforderlichen Leistungen erbringen können.

Die bildungspolitischen Leitsätze fordern eine grundlegende Reform der Meisterausbildung. Im Rahmen des „Großen Befähigungsnachweises“ müssen diejenigen Anteile gestärkt werden, die zur Existenzgründung befähigen. Die Meisterausbildung war und ist ein Teil der Ausbildungskultur des deutschen Handwerks. Auch diesen Aspekt gilt es bei der anstehenden Modernisierung nicht aus dem Blick zu verlieren.

---

### **Freiheit und Effizienz der Hochschulen**

---

Die deutschen Hochschulen blicken auf eine Erfolgsgeschichte zurück, deren Fortschreibung umfassende Reformen verlangt. Die wachsenden Anforderungen des internationalen Wettbewerbs lassen sich mit den bisherigen Steuerungsinstrumenten nicht mehr bewältigen. Die kulturelle Bedeutung der Hochschulen wäre bedroht, wenn die strukturelle Anpassung jetzt nicht gelingt. Die Hochschulen brauchen mehr Eigenständigkeit, um in größerem Umfang unternehmerische Steuerung verwirklichen zu können. Insbesondere das Besoldungs- und Dienstrecht für den gesamten Hochschulbereich muss überarbeitet werden. Ein wesentliches Steuerungselement für Qualität und Effizienz der Hochschulen muss der Wettbewerb selbst sein.

Zum Wettbewerb zwischen den Hochschulen und innerhalb der Hochschulen gehört auch der Wettbewerb um die Studierenden. Als „Kundinnen“ und „Kunden“ der Hochschule haben die Studierenden ein Recht auf Qualität und Leistung. Die Studienbewerberinnen und -bewerber sollen ihre Hochschule und die Hochschulen ihre Studierenden selber auswählen können. Die

Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen (ZVS) muss deshalb in der bestehenden Form abgeschafft werden.

Das drängende Problem der Hochschulfinanzierung darf nicht auf die Fragen des Finanzvolumens und darauf, wer dafür aufkommen kann, beschränkt werden. Es geht vor allem darum, die langfristige Qualitätsentwicklung der Hochschulen durch die richtigen finanzwirksamen Steuerungselemente sicherzustellen. Die Finanzierungsfrage ist vorrangig eine Qualitätsfrage.

Die CDU spricht sich deshalb für ein zukunftsweisendes Konzept der Hochschulfinanzierung aus. Die Sozialverträglichkeit des Studienfinanzierungssystems muss gewahrt und die Qualität von Studium und Lehre verbessert werden. „Es ist deshalb zu prüfen, ob beide Ziele durch die sinnvolle Kombination von Bafög, Bildungssparen, Bildungsdarlehen und Gebühren bei einkommensabhängiger Darlehensrückzahlung sowie Freiplätzen für Begabte und Bedürftige miteinander vereinbart werden können“ („Aufbruch“, 78).

Außerdem sollen Hochschulen ihr Budget für Forschung und Lehre durch Nutzungsentgelte, Abgaben für Nebentätigkeiten, Drittmittel-Overheads, Forschungsaufträge, Technologietransfer, Weiterqualifizierung von Berufstätigen und neue Formen von Public-Private-Partnership aufbessern können. (Vergleiche „Aufbruch“, 77.)

---

### **Kultureller Auftrag**

---

Die Effizienzdebatte darf allerdings den gesellschaftlichen und kulturellen Auftrag der Hochschulen nicht aus den Augen verlieren. Kurz- und mittelfristige Zweckorientierung in Forschung und Lehre darf die nachhaltige Pflege kultureller Traditionen und die naturwissenschaftliche wie auch

geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung nicht einschränken. „Hochschulen sind Kultureinrichtungen mit Langzeitperspektive. Sie sollen historisches Bewusstsein und Zukunftsverantwortung miteinander verbinden und in die Gesellschaft vermitteln“ („Aufbruch“, 64).

### Prinzip der Nachhaltigkeit

Das Leitbild der lernenden Gesellschaft löst das Prinzip der Nachhaltigkeit ein. „Gerechtigkeit zwischen den Generationen“ im Sinne des Nachhaltigkeitsprinzips bedeutet, dass die jetzt in Verantwortung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehende Generation so handelt, dass den nachfolgenden Generationen mindestens dieselben Handlungsspielräume zur Verfügung stehen.

Bildungspolitik gehört in den Gesamtzusammenhang nachhaltiger Politik. Sie muss also auf die Situation der öffentlichen Haushalte Rücksicht nehmen. Aber: Bildungsausgaben sind Investitionen und nicht Verbrauchsausgaben.

Die bildungspolitischen Leitsätze der CDU machen deutlich: Bildungspolitik ist Gesellschaftspolitik. Denn – so heißt der abschließende Leitsatz – „Bildung und Erziehung sind die Grundlage für Wohlstand und Freiheit, für Frieden und Gerechtigkeit. Veränderte globale Bedingungen und tief greifender Wandel der konkreten Lebenswelten verlangen immer neue individuelle und gesellschaftliche Anpassungs- und Lernprozesse. Deshalb gilt: Unsere Werte in der Welt von morgen zu verwirklichen – das erfordert den Aufbruch in die lernende Gesellschaft“ („Aufbruch“, 82).

### Moralischer Tornado

*„Diese Disharmonie zwischen idealen Werten und der unvermeidlicherweise wenig idealen Praxis zwingt die überwiegend aus Nicht-Politikern bestehende Gesellschaft von Zeit zu Zeit zu Reinigungsfeldzügen. Dann braust der moralische Tornado übers Land, durch die Parlamente, durch die Parteizentralen und verschont auch nicht Staatsmänner, die sich lange Zeit für unantastbar gehalten haben.*

*Solange dieser Sturmwind den Horizont verdunkelt, sind die Parteien demütig bereit, die Werte von Glaubwürdigkeit, Transparenz, Gesetzesgehorsam und Unbestechlichkeit Tag für Tag zu beschwören und dabei auch das Vermeiden selbst nur der kleinsten Unwahrhaftigkeit als entscheidendes Kriterium politischer Betätigung zu akzeptieren. Allerdings verhält es sich dann wie nach dem Durchzug eines jeden Wirbelsturms. Dessen Kräfte schwinden, andere Kriterien zur Auswahl politischer Führer scheinen bald wichtiger. In den Exekutiven, den Parlamenten und den Parteien wagt sich – biblisch gesprochen – ‚der alte Adam‘ wieder ans Tageslicht, vielleicht mit etwas verfeinerten Lastern und etwas vorsichtiger – bis zum Aufkommen des nächsten Unwetters.“*

(Hans Peter Schwarz am 13. März 2000 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)